



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. Juni 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

P 570 Postulat Zemp Gaudenz und Mit. über das Beschaffungswesen bei Grossprojekten im Totalunternehmer-/Generalunternehmer-Modell / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Gaudenz Zemp hält an seinem Postulat fest.

Gaudenz Zemp: Eine Bemerkung zur zurückgezogenen Motion von Franz Räber: Die KMU haben schon lange gefordert, dass man nicht nur über den kurzfristig gültigen Preis einkauft, sondern die Kosten über den gesamten Lebenszyklus berücksichtigt. Es hat einen jahrelangen Druck aus der KMU-Wirtschaft gebraucht, bis man jetzt etwas geändert hat. Mit der gestern genehmigten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen haben wir das Ziel jetzt erreicht. Auf dem Weg dahin war es wichtig, dass man die Anliegen der KMU-Wirtschaft sichtbar machte. Es war auch sehr nützlich, dass die Motion von Franz Räber über die Preisniveaunklausel eingereicht wurde. Sie hat ihr Ziel erreicht, deshalb konnte man sie jetzt zurückziehen. Es braucht also manchmal Druck von aussen, damit sich etwas bewegt. Das gilt auch für das Realisieren von Grossprojekten mit General- und Totalunternehmern. Dabei geht es uns überhaupt nicht um eine Vetternwirtschaft, es geht vielmehr um die Vertretung der Interessen des Kantons und das Erreichen von bestmöglichen Resultaten für die Luzerner Bevölkerung. Aus der Antwort der Regierung geht hervor, dass sie das Postulat etwas verzerrt verstanden hat. Sie schreibt, dass das Postulat «eine gezielte Vergabe an ortsansässige Unternehmen» möchte. Das ist aber eine Fehlinterpretation. Es wird keine gezielte Vergabe an regionale Unternehmen gefordert. Das Postulat fordert vielmehr, dass die Regierung beim Beschaffungswesen die nötigen Schritte einleitet, damit bei künftigen Grossprojekten die regionalen Unternehmer «optimale Wettbewerbschancen wahrnehmen können». Man soll ihnen also die Chance geben, sich in einem fairen Wettbewerb durchzusetzen. Wenn man sich falsch oder zu spät organisiert, so ist diese faire Chance in einem Generalunternehmer- und in einem Totalunternehmer-Modell nicht gegeben. Allen ist bewusst, dass der Grundcharakter eines General- oder Totalunternehmer-Modells definiert ist. Man kann nicht einen Grossteil der Verantwortung an die Unternehmen auslagern und gleichzeitig immer noch alle Kompetenzen bezüglich der Vergabe bei sich behalten. Man kann aber rechtzeitig die Leistungsvereinbarung und die Losgrössen definieren und die nötigen Vorgaben an die General- und Totalunternehmer formulieren. Das ist der Kern des Postulats, und darum geht es. Die Forderung heisst also: optimale Wettbewerbschancen für die regionalen KMU zu schaffen. Eigentlich kann die Regierung eine solche Forderung gar nicht als nicht erheblich beurteilen. Man könnte höchstens sagen, man mache das schon, und deshalb wolle man das Postulat wegen Erfüllung ablehnen. Oder man erklärt das Postulat als Prüfauftrag erheblich, um zu prüfen, wie man sich bestmöglich auf die Projekte Campus Horw und

Sicherheitszentrum Rothenburg vorbereiten kann. Schliesslich geht es um ein Auftragsvolumen von rund einer halben Milliarde Franken. Es lohnt sich also, alle Möglichkeiten fundiert zu prüfen. Ich halte deshalb an meinem Postulat fest und bitte Sie alle, der FDP-Fraktion zu folgen.

Hans Stutz: Die G/JG-Fraktion unterstützt eine teilweise Erheblicherklärung, wir hätten uns aber auch eine Ablehnung wegen Erfüllung vorstellen können. Der Vorstoss verströmt auf den ersten Blick den hinreichend bekannten Klang der Glocken der Heimat. Vor vielen Jahren hat sich bei Bund und Kantonen die Vorstellung durchgesetzt, dass Beschaffungen öffentlich ausgeschrieben werden müssen, um gute und kostengünstige Lösungen erreichen zu können. Ebenso lange gibt es politische Vorstösse, welche die einheimischen KMU priorisieren wollen. Das Beschaffungswesen ist gerade deshalb eingeführt worden, damit alle gleich lange Spiesse haben. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich eine detaillierte Rechtsprechung ergeben, die ganzen Kriterien wurden erweitert um die soziale und ökologische Nachhaltigkeit und die Kostenlebensdauer. All diese Entwicklungen sind erfreulich und sollen weitergehen. In der Praxis heisst das dann eben auch, dass bei der Vergabe alle gleichberechtigt sind. Der Regierungsrat hat einen geringen Handlungsspielraum, den er auch zu nutzen gewillt ist. Das Ganze wird kompliziert, wenn es um Totalunternehmen oder Generalunternehmen geht, aber es ist auch hier möglich. Der Regierungsrat sagt nun, er werde sich im Rahmen seiner Möglichkeiten und innerhalb der gesetzlichen Grenzen für die regionale Wirtschaft einsetzen. Deswegen will er auch das Postulat teilweise erheblich erklären. Er wird also das tun, was er auch schon bis anhin getan hat und weiterhin zu tun gewillt ist. Ich fordere Sie auf, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Ylfete Fanaj: Hans Stutz hat bereits einiges gesagt. Wir haben gestern über ein neues Beschaffungsrecht gesprochen, und dieser Vorstoss verlangt, doch ein wenig von diesen Regeln abzuweichen. Gaudenz Zemp spricht von fairen Wettbewerbschancen. Darum haben wir das Beschaffungsrecht, denn es schafft gleich lange Spiesse und sorgt für einen fairen Wettbewerb und transparente Regeln und Vergaben. Darum kann die SP-Fraktion der Antwort der Regierung folgen und wird das Postulat teilweise erheblich erklären. Die Regierung zeigt auf, dass sie ihre Möglichkeiten jetzt schon nutzt. Es gilt das Gleichbehandlungsgebot, und eine grundsätzliche Bevorzugung von regionalen Unternehmen ist nicht möglich. Sie haben gestern zu meinem Antrag zu den Ausbildungsplätzen gesagt, es brauche nicht noch mehr Einschränkungen oder Regelungen. Sie sollten jetzt auch Vertrauen in die Regierung haben, dass Sie all ihre Möglichkeiten ausschöpft. Die SP-Fraktion ist mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden.

Urs Marti: Das Postulat will, dass bei künftigen Grossprojekten des Kantons Luzern – auch wenn die Bauvorhaben im Totalunternehmer- oder Generalunternehmer-Modell vergeben werden – die regionalen Unternehmen trotzdem optimale Wettbewerbschancen bekommen. Die Mitte versteht und unterstützt die Haltung der Regierung, bei den Vergaben diese Modelle anzuwenden, wenn damit eine grosse Preis- und Terminalsicherheit besteht und die fachliche Kompetenz hoch ist. Nebenbei bemerkt ist dies aber nur der Fall, wenn eher mehr als zwei Anbieter Angebote unterbreiten. Uns geht es im vorliegenden Postulat nicht um Heimatschutz. Die Mitte ist sich aber einig, dass auch bei einer allfälligen Vergabe an Total- oder Generalunternehmer mit dem geltenden Beschaffungsrecht durch den Vergabenden genügend Vorgaben gemacht werden können, damit auch regionale Unternehmen eine Chance zum Mitmachen unter fairen Wettbewerbsbedingungen erhalten. Es ist leider eine Tatsache, dass in der Bauwirtschaft mit dem sogenannten Claim-Management gearbeitet wird. Schwachstellen zu erkennen und in der Eingabe finanziell zu berücksichtigen, ist hier das Vorgehen. Insbesondere bei grossen und mächtigen Unternehmen und damit auch bei General- und Totalunternehmern wird mit harten Bandagen vorgegangen, und die Macht bei der Vergabe an Subunternehmer ist gross. In vielen Vergabevorgängen konzentriert sich der Fokus dabei zu stark auf die finanzielle Seite. Qualität, Nachhaltig und Umweltschutz sind somit vielfach ausgeklammert oder nur unterschwellig wichtig. Die Mitte-Fraktion wird darum die Erheblicherklärung des

Postulats unterstützen. Die Regierung soll beauftragt werden, alles Mögliche zu unternehmen, damit es bei einem fairen Wettbewerb auch zugunsten unserer KMU bleibt.

Armin Hartmann: Auch die SVP-Fraktion wird die Erheblicherklärung des Postulats unterstützen. Das ist wieder einmal eine Stellungnahme, die nur Probleme sieht. Mir ist klar, dass die Person, welche die Stellungnahme geschrieben hat, sich etwas überlegt hat. Die Person hat zwar überall recht, aber sie verzichtet in der Stellungnahme darauf, was die Politik ausmacht. «Politik ist die Kunst des Machbaren», und wenn man möglichst viel machen will, dann muss man den Handlungsspielraum sehen. Dieser Handlungsspielraum wird hier aber nicht aufgezeigt. Das ist der Fehler dieser Stellungnahme. Wir wollen, dass die Luzerner KMU gute Chancen haben, dass sie gut positioniert sind und dass sie auch gute Chance haben bei den Vergabeverfahren von Total- und Generalunternehmern. Wir sehen das Postulat als Prüfauftrag, wie Gaudenz Zemp das dargestellt hat. Aus diesem Grund wollen wir heute mit einer Erheblicherklärung des Postulats ein Zeichen setzen, ein Zeichen für unser KMU, für unser Gewerbe und für die Luzerner Wirtschaft.

Claudia Huser: Dieses Postulat hat in unserer Fraktion zu hitzigen Diskussionen geführt. Die lokale Wirtschaft zu fördern, dagegen kann man kaum sein. Aber im Namen unserer Partei steht «liberal», und dazu stehen wir. Die GLP-Fraktion unterstützt die teilweise Erheblicherklärung des Postulats. Es ist sicher richtig und wichtig, dass die lokale und regionale Wirtschaft Möglichkeiten und faire Bedingungen hat. Es ist aber auch so, dass mit dem neuen Beschaffungsrecht schon viel gemacht wurde, damit die Qualität und die Kriterien der Nachhaltigkeit und der Ökologie und somit die Transport- und Reisekosten besser gewichtet werden können. Das reicht. Wir müssen als Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit den Steuergeldern sorgfältig umgehen. Das bedeutet auch, dass wir für den Kanton Luzern die Verantwortung haben, die besten Produkte, die besten Dienstleistungen und die beste Arbeit einzukaufen. Wenn das nicht ein lokaler Anbieter ist, dann müssen wir schauen, dass die lokalen Anbieter bessere Angebote bringen. Das müssen wir nicht regulieren. Die GLP-Fraktion stimmt für die teilweise Erheblicherklärung, denn die lokalen Unternehmen sollen faire Chancen haben, aber einfach die Wettbewerbsbedingungen für die lokale Wirtschaft zu verbessern, kann nicht unser Auftrag sein.

Hasan Candan: Die Doppelzüngigkeit von Gaudenz Zemp und Armin Hartmann hat mich wieder ein wenig aufgeweckt. Als wir gestern darüber diskutiert haben, ob wir unsere Lehrlinge im Kanton Luzern unterstützen und das im Beschaffungsrecht festlegen wollen, haben Sie dem nicht zugestimmt. Die SP hat in einem Vorstoss gefordert, dass wir Luzerner Holz verwenden, wenn wir bauen, sei es beim Gebäude am Seetalplatz oder beim Sicherheitszentrum. Da hätten wir unsere Unternehmen, unsere Waldeigentümer und die Holzbauunternehmen unterstützen können. Gaudenz Zemp und Armin Hartmann haben dies immer abgelehnt. Wir haben einen Antrag gestellt, dass man beim Gebäude am Seetalplatz im Innern den Ausbau in Holzbauweise mit Luzerner Holz verdoppelt. Deshalb ist es jetzt doppelzüngig, sich jetzt als Retterinnen und Retter der KMU zu präsentieren. Wenn Sie schon etwas tun möchten, dann tun Sie es für alle und nicht nur für Ihre Partikularinteressen. Unsere Politik ist konsequent, Ihre ist inkonsequent. Aus liberaler Sicht ist es auch inkonsequent. In Rotkreuz wird vom Kanton Zug etwas Grösseres geplant. Wir haben in Luzern sehr gute Unternehmen, die in anderen Kantonen bauen und Bauten realisieren können. Wir leben nicht auf einer Insel und haben Probleme, die man gemeinsam lösen muss. Ich bin gespannt, wie Pius Müller abstimmen wird. Er wollte eine interkantonale Lösung. Ich bitte Sie deshalb, nicht diesem «Kantönligeist» zuzustimmen. Machen Sie echte und geradlinige Politik und unterstützen Sie die teilweise Erheblicherklärung.

Gaudenz Zemp: Ich muss dieses Missverständnis korrigieren. Es geht nicht darum, dass man teure Luzerner KMU berücksichtigt. Es geht darum, dass die ganz grossen Total- und Generalunternehmer in der Schweiz von ausserhalb kommen. Sie bringen typischerweise ihr Beziehungsnetz von Firmen mit. Das ist legitim. Was können wir machen? Man könnte den Total- und Generalunternehmern sagen, auf die Liste der Unternehmen, die zu einer Offertenerstellung eingeladen werden, gehören so und so viel Prozent regionale

Unternehmen. Diese müssen offerieren wie alle anderen auch, und wenn sie dabei sind, bekommen sie den Auftrag und sonst nicht.

Armin Hartmann: Es ist schon ein wesentlicher Unterschied, ob man generell über KMU im Kanton Luzern spricht oder ob es darum geht, ein Produkt gegenüber einem anderen eindeutig zu bevorzugen. Mir geht es vor allem darum, dass am Schluss Totalunternehmer, Generalunternehmer oder Einzelleistungsträger für die Luzerner Wirtschaft keinen Unterschied bedeuten. Sonst diskutieren wir hier immer wieder darüber, ob wir Total- und Generalunternehmer generell ausschliessen wollen, und das wäre für den Kanton Luzern völlig falsch.

Marcel Budmiger: Ich bin überrascht. Gestern haben Sie es abgelehnt, dass die Gewichtung der Lehrlingsausbildung bei Ausschreibungen ins Gesetz geschrieben wird. Das wurde als Partikularinteresse angeschaut. Jetzt diskutieren wir über eine Heimatquote, die in Verträge geschrieben werden soll. Ich bitte Sie, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Im Grundsatz gehen wir mit dem Anliegen des Postulanten einig. Es ist volkswirtschaftlich wünschenswert, dass möglichst viele Aufträge in unserem Kanton erteilt werden können, damit auch das regionale Gewerbe berücksichtigt werden kann. Das hat Vorteile bei den Transportwegen, aber auch bei Servicearbeiten. Dennoch ist das Beschaffungsrecht einzuhalten, der Wettbewerb muss fair sein. Aus unserer Sicht war bei einem Teil des Postulats die Forderung nicht erfüllbar, zumindest so, wie wir sie verstanden haben. Wir haben verstanden, dass wir auf General- und

Totalunternehmer-Ausschreibungen möglichst verzichten sollten, und das wollen wir nicht. Beim Tiefbau gibt es fast nie General- oder Totalunternehmer-Ausschreibungen, sondern das passiert eher beim Hochbau. Da wollten wir uns diese Handlungsmöglichkeit offenhalten, damit wir auch in Zukunft den Koordinationsaufwand und die Planung bei Totalunternehmer-Projekten direkt in die Ausschreibung integrieren können. Ich habe aus den Voten einige Punkte mitgenommen, die wir sicher prüfen können. Wir beantragen die teilweise Erheblicherklärung wegen der genannten Problematik der General- und Totalunternehmer-Ausschreibungen. Wir werden also auch bei einer teilweisen Erheblicherklärung die Gestaltungsmöglichkeiten prüfen, insbesondere waren wir aber bei der Ausarbeitung der Stellungnahme zum Postulat bei General- und Totalunternehmer-Aufträgen zurückhaltend, weil wir diese Vergabemöglichkeit nicht gefährden wollten. Ich bitte Sie in diesem Sinn, dem Antrag der Regierung zu folgen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 65 zu 30 Stimmen erheblich.